

Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten
durch den Landkreis Elbe-Elster bei der Verarbeitungstätigkeit: **kommunales Projektmanagement - Umsetzung von geförderten Integrationsprojekten im Rahmen von ESF+Richtlinien**

gemäß Artikel 13 bzw. 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Dieses Dokument soll Ihnen einen Überblick verschaffen, wie Ihre personenbezogenen Daten, durch den Landkreis Elbe-Elster verarbeitet werden. Der Inhalt dieser Information bezieht sich auf die konkrete Verarbeitungstätigkeit:

kommunales Projektmanagement - Umsetzung von geförderten Integrationsprojekten im Rahmen von ESF+Richtlinien

1. Kontaktdaten

1.1 Verantwortlicher gemäß Art. 4

Nr. 7 DS-GVO

Der Landkreis Elbe-Elster
vertreten durch den Landrat
Herrn Marcel Schmidt
Ludwig-Jahn-Straße 2
04916 Herzberg/Elster
Telefon: 03535 46 0
Fax: 03535 46 31 33
E-Mail: landrat@lkee.de

1.2 Bestimmte Stelle

Landkreis Elbe-Elster
Sozialamt
Grochwitzter Straße 20
04916 Herzberg/Elster
Telefon: 03535/ 463145
Fax: 03535/ 463126
E-Mail: sozialamt@lkee.de

1.3 Datenschutzbeauftragte*r

Datenschutz- und IT-
Sicherheitsbeauftragte/r
Ludwig-Jahn-Straße 2
Telefon: 03535 46 2651
E-Mail: dsb@lkee.de

*Zweckmäßigerweise werden die personenbezogenen Daten durch die bestimmte Stelle innerhalb der Behörde verarbeitet.
Der Verantwortliche hat eine*n Datenschutzbeauftragte*n gemäß Art. 37 DS-GVO benannt.*

2. Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen

Die Daten werden zu nachfolgend benanntem Zweck verarbeitet:

1. Umsetzung der Fördermaßnahme "Beratungsagentur EEasy Integreat" im Rahmen der ESF+Richtlinie "Willkommen in Brandenburg"
- 1.1 regelmäßige Übermittlung der Projektteilnehmenden an den Fördermittelgeber
2. Umsetzung kommunaler Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der gemeinsamen Richtlinie des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK) und des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz des Landes Brandenburg (MWAKE) zur Förderung von Maßnahmen zur sozioökonomischen Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte im Land Brandenburg in der EU-Förderperiode 2021-2027 vom 07. August 2025
- 2.1 regelmäßige Übermittlung der Projektteilnehmenden an den Fördermittelgeber
- 2.2 Zahlbarmachung der Vergütung der beauftragten Dritten
- 2.3 Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Elbe-Elster für vertraglich geschuldete Leistungen

Die Rechtsgrundlagen zur Verarbeitungstätigkeit bilden:

Art. 6 Abs. 1 lit. c sowie	Zuwendungsbescheid ILB
Art. 9 Abs. 2 lit b bzw. g	ANBest-EU

3. Erhebung von Daten bei Dritten

vom Landkreis Elbe-Elster beauftragte Dritte

4. Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

I.

Die Inanspruchnahme der Beratung/ Unterstützung ist freiwillig
Bei fehlender Bereitschaft kann keine zielführende Unterstützung erfolgen.

II.; III.

Pflicht zur Bereitstellung ergibt sich aus dem Vergabeverfahren und dem daraus resultierenden Vertrag.
Nichtbereitstellung stellt Pflichtverletzung dar und zieht Vertragsstrafe oder Kündigung nach sich.

IV.

Inanspruchnahme der Unterstützungsleistung durch die Teilnehmenden ist freiwillig.
Ohne die Bereitstellung der personenbezogenen Daten kann keine Teilnahme am Projekt erfolgen.

5. Datenübermittlungen

nein

6. Automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling)

Im Zuge der Verarbeitung erfolgt keine personenbezogene automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling)

7. Speicherfristen

- Die personenbezogenen Daten werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt
- eine Speicherung erfolgt darüber hinaus für eine Dauer von:
10 Jahren

8. Betroffenenrechte

Sofern nicht besondere Vorschriften entgegenstehen, werden der betroffenen Person nachfolgende Betroffenenrechte eingeräumt. Diese (ausg. Punkt 8.5) können Sie zweckmäßigerweise bei der unter Punkt 1.2 oder, sofern diese nicht bekannt ist, bei der unter Punkt 1.3 benannten Stelle geltend machen.

8.1. Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung

- a. Jede betroffene Person hat neben dieser allgemeinen und der ergänzenden Informationen zur Verarbeitungstätigkeit nach Art. 15 DSGVO einen individuellen Auskunftsanspruch über ihre durch den Verantwortlichen verarbeiteten personenbezogenen Daten, insb. über deren Inhalt sowie individuelle Angaben zu den Punkten 2 bis 8 dieser allg. Information,
- b. nach Art. 16 DSGVO das Recht, von dem Verantwortlichen die Berichtigung von unrichtigen oder die Ergänzung von unvollständigen personenbezogenen Daten zu verlangen,
- c. den Anspruch, den Verantwortlichen zur Löschung der betreffenden personenbezogenen Daten nach Art. 17 DSGVO aufzufordern und
- d. unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO das Recht, die Einschränkung der Datenverarbeitung zu fordern.

8.2. Widerspruch

Die betroffene Person kann aus Gründen einer besonderen Situation der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zur Aufgabenerfüllung nach Art. 6 (1) Buchstabe e DSGVO widersprechen, sofern der Verantwortliche keine schutzwürdigen Gründe für eine weitere Verarbeitung nachweisen kann.

8.3. Datenübertragbarkeit

Erfolgt die Verarbeitung mithilfe eines automatisierten Verfahrens auf Grundlage einer Einwilligung der betroffenen Person, so hat sie das Recht, die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu verlangen.

8.4. Widerrufsrecht

Sofern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf der Einwilligung der betroffenen Person beruht, hat sie das Recht, diese jeder Zeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die betroffene Person wird mit der Einwilligung über das Widerrufsrecht und die Art und Weise, wie dieser erfolgen kann, informiert.

8.5. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht, sich über Verletzungen des Datenschutzrechts bei nachfolgender Behörde zu beschweren:

Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow
Telefon: 033203 - 356 0, Fax: 033203 - 356 49
E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de,
Internet: www.lda.brandenburg.de

9. Benachrichtigung bei Verletzung des Datenschutzes

Bei Verletzung des Datenschutzes erfolgt durch den Verantwortlichen eine Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde. Hat die Verletzung ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person zur Folge, benachrichtigt der Verantwortliche die betroffene Person darüber.